

Deutsche halten nichts von Steuerhinterziehung

1. Kompetenzen

Die Schülerinnen und Schüler sollen ...

1. die Begriffe „Steuerhinterziehung“ und „Schwarzarbeit“ anhand von Beispielen erklären können.
2. die Einstellungen der Bundesbürger zu diesen illegalen Alltagspraktiken ermitteln.
3. sich mit den Ergebnissen entsprechender Umfragen unter Berücksichtigung des ökonomischen Verhaltensmodells auseinandersetzen.

2. Aufgaben

1. *Erklären Sie die Begriffe „Steuerhinterziehung“ und „Schwarzarbeit“. Ermitteln Sie jeweils Beispiele für solche rechtswidrigen Handlungen.*
2. *Fassen Sie die Ergebnisse der vorgestellten Studie zusammen. Legen Sie dar, welche Einstellungen bzgl. Steuerhinterziehung und Schwarzarbeit die Bundesbürger haben.*
3. *Diskutieren Sie, wie die Unterschiede zwischen den Bewertungen der Schwarzarbeit im privaten und unternehmerischen Sektor zu erklären sind. Identifizieren Sie die dahinter stehenden Kosten-Nutzen-Kalkulationen der Privaten Haushalte.*
4. *Verdeutlichen Sie mit Hilfe des Ihnen bekannten ökonomischen Verhaltensmodells, weshalb in Krisenzeiten eine Zunahme der Schwarzarbeit zu verzeichnen ist. Stellen Sie eine Beziehung zwischen den Handlungen der Akteure und den sich verändernden Rahmenbedingungen her.*
5. *Überprüfen Sie die volkswirtschaftlichen Wirkungen der dargestellten Handlungsformen. Erschließen Sie die zu erkennende Dilemmasituation, indem sie den Konflikt zwischen individuellen und kollektiven Interessen veranschaulichen und denkbare staatliche Lösungsansätze gegeneinander abwägen.*

Deutsche halten nichts von Steuerhinterziehung

Umfrage belegt durchaus starkes Unrechtsbewusstsein

Im Bewusstsein der meisten Deutschen ist Steuerhinterziehung kein Kavaliersdelikt. Lediglich zehn Prozent bezeichneten bei einer repräsentativen Umfrage im Auftrag der Stiftung Marktwirtschaft es als relativ vertretbar, falsche Angaben bei der Steuererklärung zu machen. Die überwältigende 90-Prozent-Mehrheit akzeptiert Steuerhinterziehung nicht.

Die Wirtschaftswissenschaftler Friedrich Schneider von der Universität Linz und Lars Feld von der Universität Heidelberg hatten die Befragten gebeten, ihre Haltung auf einer Skala von eins (unakzeptabel) bis zehn (akzeptabel) einzuordnen. „Es liegt durchaus ein starkes Unrechtsbewusstsein vor“, sagte Schneider.

Schattenwirtschaft dürfte in der Krise gewachsen sein Das ähnlich gelagerte Delikt Schwarzarbeit - hier werden Abgaben zulasten der Allgemeinheit einbehalten - beurteilten die Deutschen zwar ebenfalls kritisch. Vor allem, wenn gewerbliche Firmen Sozialbeiträge einbehalten, lehnen sie dies ab. Bei Schwarzarbeit in Privathaushalten ordnen sich auf der Skala von eins bis zehn aber nurmehr zwei Drittel bei den inakzeptablen Wertungsstufen eins bis fünf ein. Ein Drittel findet es dagegen vertretbar, zum Beispiel Handwerker zuhause schwarz zu beschäftigen. Schneider erwartet allerdings, dass die Wirtschaftskrise zu einem Wachstum der Schattenwirtschaft führen dürfte. Bereits 2009 habe sie um fünf Mrd. auf 352 Mrd. Euro zugelegt. Für dieses Jahr rechnet er mit einem weiteren Anstieg um sieben bis neun Mrd. Euro: Mehr Arbeitslose bedeuteten eine größere Anzahl Menschen, für die sich Schwarzarbeit lohne.

Die beiden Experten ziehen außerdem die berühmte These des SPD-Finanzexperten Joachim Poß in Zweifel, nach der bei den Deutschen der Steuerspartrieb stärker ausgeprägt sei als der Fortpflanzungstrieb. Bei der Geldanlage berücksichtige nur ein Drittel die Besteuerung der Erträge bei seiner Anlageentscheidung. Nur zwei Prozent der Befragten gaben an, dass sie Geld auch im Ausland anlegen würden. 60 Prozent sagten, sie legten ihr Geld nur im Inland an, der Rest hielt keine Kapitalanlagen. Ein Prozent der Befragten gab zu, dass er ein Auslandskonto zur Steuerhinterziehung nutzte.

Auch die Bereitschaft, überhaupt Steuern zu zahlen, ist bei weitem nicht so gering, wie vor dem Hintergrund der Debatte über Steuergerechtigkeit erwartbar gewesen wäre. Für soziale Leistungen etwa erklärten sich 85 Prozent prinzipiell bereit, Steuern zu zahlen.

Quelle: Riedel, D., Handelsblatt, Nr. 012, 19.01.2010, 17